

# Vom Problemvorsprung zum Problemlösungsvorsprung. Wie die ostdeutschen Sozialwissenschaften den demografischen Problemvorsprung für ihre Zukunft nutzen können

*Peer Pasternack*

## *Zusammenfassung*

*Der Beitrag beschreibt die Probleme der Sozialwissenschaften in Ostdeutschland und entwirft zwei Problemlösungen. Dabei argumentiert er, dass das Interesse der Sozialwissenschaften an Erkenntnissen zu neuen sozialen Phänomenen und der Umfang sozialwissenschaftlicher Kapazitäten an ostdeutschen Hochschulen trotz reduzierter Studienanfängerkohorten zusammen betrachtet werden müssen. Sind die neuen und unerforschten Probleme in einer Region von geringerem Interesse, auch wenn eine wissenschaftlich gestützte Lösung notwendig wäre, dann ist es sinnvoll, die Kapazitäten an den Hochschulen entsprechend den nachlassenden Studienanfängerzahlen abzubauen. Zeigen die Sozialwissenschaften hingegen großes Interesse, an der Bewältigung der neuen und unerforschten Probleme einer Region mitzuwirken, dann sollten ihre Kapazitäten trotz sinkenden Studienanfängerzahlen nicht beschnitten werden.*

## 1. Bevölkerungsschwund und wegfallende Transfers als Existenzprobleme ostdeutscher Hochschulen

Ostdeutschland hat soeben eine Großtransformation hinter sich gebracht und befindet sich mittlerweile in einer neuerlichen. Diese wird bestimmt und erzwungen durch den demografischen Wandel und den gleichzeitigen Abschied von der transfergetriebenen Entwicklung der ostdeutschen Siedlungsgebiete. Beide sind ebenso unmittelbar aufeinander bezogen, wie sie mit der zurückliegenden Systemtransformation zusammenhängen – und sie erzeugen Druck auf die Hochschulen, da einerseits deren Auslastung ihrer Studienkapazitäten, zugleich aber die Aufrechterhaltung der bisherigen Hochschulfinanzierung durch die ostdeutschen Länder schwierig wird.

### 1.1 Demografie und Hochschulkapazitäten

Zum ersten schrumpft die Bevölkerungszahl der ostdeutschen Flächenländer seit Jahren und wird weiter schrumpfen. Dies ist begründet durch Alterung der Bevölkerung, unausgeglichene Mortalitäts-Fertilitäts-Bilanz und Abwanderung, und es ist verbunden mit dem Wegzug insbesondere bildungsaffiner und chancenorien-

tierter junger Frauen sowie einem Überschuss an gering qualifizierten (jungen) Männern.

Zum zweiten bahnen sich in den ostdeutschen Ländern Probleme der öffentlichen Finanzen an, die bisher beispiellos sind. Bis 2020 werden durch die Kumulation verschiedener Ereignisse massive Einnahmeausfälle für die öffentlichen Haushalte prognostiziert. Seit 2009 verlaufen die Zuschüsse aus dem Solidarpakt degressiv; nach der derzeitigen Beschlusslage sollen sie bis 2020 auf Null abgeschmolzen werden.<sup>1</sup> Durch die relative makroökonomische Positionsverbesserung der ostdeutschen Länder in Folge der EU-Osterweiterung geht die Berechtigung zur Ziel-1-Förderung im Rahmen der europäischen Strukturförderprogramme verloren.<sup>2</sup> Der demografische Wandel bewirkt sinkende Einwohnerzahlen und damit geringere Zuweisungen im Rahmen des (prokopfbezogenen) Länderfinanzausgleichs. Die im Vergleich zu Westdeutschland geringeren Löhne und höhere Arbeitslosigkeit erzeugen dauerhaft geringere Einkommenssteuereinnahmen. Die nach wie vor bestehenden Produktivitätsrückstände und dadurch geringere Wirtschaftsleistung bewirken auch bei anderen Steuern vergleichsweise niedrigere Einnahmen. Sonderzuweisungen und -programme des Bundes im Wirtschafts- und Wissenschaftsbereich sind nicht auf Dauer zu stellen.<sup>3</sup> Das 2009 verabschiedete Wachstumsbeschleunigungsgesetz mindert die Steuereinnahmen der Länder. Zudem greift ab 2020 das strukturelle Verschuldungsverbot nach Art. 109 (3) GG.<sup>4</sup> Insgesamt ergeben sich daraus nominale Ausgabensenkungserfordernisse von etwa einem Fünftel und realen, das heißt unter Einbeziehung typischer Kostensteigerungen, von bis zu einem Drittel bis zum Jahre 2020 im Vergleich zu 2008 (vgl. Ragnitz/Seitz 2007: 82; Seitz 2006: 99; Steinbrecher/Thater/Thum 2009: 17, 22).

Zum dritten produzieren demografischer Wandel und sinkende Finanzausstattung der ostdeutschen Länder hochschulbezogene Probleme:

- Die jährlichen Studienberechtigtenzahlen halbieren sich im Laufe der 2010er Jahre gegenüber der ersten Hälfte der nuller Jahre. Damit steht für die Hochschulen künftig die Aufgabe, anders als bisher nicht Zuwachs zu bewältigen,

---

1 Dann wird das (vergleichsweise geringe) Steueraufkommen ca. 80 Prozent der ostdeutschen Länder-einnahmen ausmachen (Finanzministerium S-A o.J. [2008]: 12f.).

2 Seit 2010 für Leipzig, Halle und Südbrandenburg, mit der EFRE-Neuprogrammierung 2013 auch für die anderen Regionen. Die dann nötige 50prozentige Gegenfinanzierung – statt wie bisher 25prozentige – wird die weitere Durchführung EFRE-unterstützter Investitionsvorhaben erheblich erschweren.

3 So stehen insbesondere die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GA) und die (gegenfinanzierungsfreie) Investitionszulage unter starkem politischem Druck, nicht verlängert zu werden.

4 „Die Haushalte von Bund und Ländern sind grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen. Bund und Länder können Regelungen zur im Auf- und Abschwung symmetrischen Berücksichtigung der Auswirkungen einer von der Normallage abweichenden konjunkturellen Entwicklung sowie eine Ausnahmeregelung für Naturkatastrophen oder außergewöhnliche Notsituationen, die sich der Kontrolle des Staates entziehen und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigen, vorsehen. Für die Ausnahmeregelung ist eine entsprechende Tilgungsregelung vorzusehen. [...]“

sondern Auslastung zu organisieren, sofern sie ihre Kapazitäten – und damit auch ihre Forschungskapazitäten – sichern möchten.

- Nun könnten, um dieses Problem zu lindern, westdeutsche Studieninteressierte von den überfüllten westdeutschen in nicht überfüllte ostdeutsche Hochschulen gelockt werden – wie dies auch gegenwärtig mit Werbekampagnen, etwa „Studieren in Fernost“ (<http://www.studieren-in-fernost.de/>), unternommen wird. Diese Möglichkeit besteht allerdings nur in einem begrenzten Zeitfenster: Ab 2015 wird die demografische Schrumpfung voraussichtlich auch in den westdeutschen Ländern eine sinkende Studienplatznachfrage bewirken – und die westdeutschen Hochschulen entsprechend veranlassen, durch aktive Werbung die Studieninteressierten ihrer jeweiligen Region in ihre eigenen Hörsäle zu lenken.<sup>5</sup>
- Mittelfristig besteht zudem die Gefahr, dass durch die Abwanderungs- und Verbleibstruktur deutlich weniger hochqualifizierte junge Frauen in Ostdeutschland heimisch sein werden, die durch die Geburt von Kindern zur Bildungsreproduktion beitragen. Damit würde die Anzahl der Kinder aus bildungsaffinen Schichten sinken. Derart gingen mittelfristig die Studierwilligkeit und die Bruttostudierquote zurück beziehungsweise stiegen sie langsamer an als in den westdeutschen Ländern.

All das wird den Druck auf die Hochschulfinanzierung drastisch erhöhen, da diese sich vorrangig an der Zahl der Studierenden und der Auslastung der Studienplätze orientiert. Derzeit sind die ostdeutschen Regionen durch eine vergleichsweise gute Ausstattung mit Hochschulen in der Fläche gekennzeichnet. Wo diese ausgedünnt ist, korrespondiert das mit der geringen Bevölkerungsdichte: in Nord-Sachsen-Anhalt, Nord-Brandenburg und im Süden von Mecklenburg-Vorpommern. Mit der Hochschulausstattung einher geht eine durchaus komfortable Ausstattung mit sozialwissenschaftlichen Kapazitäten. Dies dürfte indes für die Zukunft weniger selbstverständlich sein, als es heute weithin angenommen wird.

Landläufig erscheint der Zusammenhang zwischen Entwicklung und Finanzierung der Hochschulen recht einfach: Wo die Hochschulen knapp gehalten werden,<sup>6</sup> gibt es Ausstattungsprobleme, ist es schwierig, gutes Personal zu gewinnen oder zu halten, und infolgedessen sinkt die Qualität. Wo die Hochschulen hingegen

5 KMK (2009: 1f.): Die Zahl der Studienberechtigten betrug 2007 knapp 435.100, wird bis 2013 auf voraussichtlich 492.500 ansteigen und dann bis zum Jahre 2020 auf voraussichtlich 407.300 abnehmen. „Unter der Voraussetzung, dass die Quote für den Übergang der Studienberechtigten auf die Hochschulen wie im Durchschnitt der zurückliegenden Jahre bei etwa 75 Prozent liegen wird, ist davon auszugehen, dass die Zahl der Studienanfängerinnen und Studienanfänger im 1. Hochschulsemester an Universitäten und Fachhochschulen mittelfristig von 386 500 (2008) auf 424 600 (2013) ansteigen und danach ... auf 373 800 (2020) zurückgehen wird.“

6 Die Eckpunkte der Hochschulfinanzierung regelt das jährliche Landeshaushaltsgesetz. Die Länder haben keine Pflicht zur Unterhaltung der Hochschulen in einem bestimmten Umfang. Zwar gibt es Bindungen durch Hochschulverträge, Beschäftigungsverhältnisse und Gegenfinanzierungen von Bundesprogrammen, aber die Länder können die Hochschulfinanzierung dennoch relativ frei mittel- und langfristig abschmelzen.

gut ausgestattet sind, können sie sich dynamisch entwickeln. In Ostdeutschland wird dieser Zusammenhang in absehbarer Zeit prekär werden: Künftig wird wohl weniger die Ausstattung die Dynamik bestimmen, sondern die Entwicklungsdynamik der Hochschulen darüber entscheiden, welche Ausstattungen zu erlangen sind.

Kurz gesagt: Für die ostdeutschen Hochschulen werden sich Auslastungsprobleme, daran anschließend Legitimations- und in der Folge Ausstattungsprobleme ergeben. Was ließe sich diesem Quasi-Automatismus entgegensetzen?

## 1.2 Den Problemvorsprung ausnutzen

Gesellschaftlich geht es im Osten Deutschlands um die Bewältigung des demografischen Wandels und seiner Folgen sowie um den Bruch mit dem traditionellen industriellen Wachstumsmodell:

- In ganz Deutschland wird, wie in anderen frühindustrialisierten Ländern, in den nächsten Jahrzehnten raumbezogene „Schrumpfung“ zu gestalten sein – lediglich die Zeitpunkte, zu denen sich der entsprechende Problemdruck als unabweisbar darstellt, werden regional unterschiedlich ausfallen. Der vergleichsweise frühe Zeitpunkt dieser Herausforderung und seine Verschärfung durch das Auslaufen von Finanztransfers und Sonderfinanzierungsmodalitäten erzeugen eher einen ostdeutschen Problemvorsprung gegenüber Westdeutschland.
- Die Krise des Wachstumsmodells hingegen zeichnet sich auch im Westen Deutschlands (wie auch in anderen frühindustrialisierten Ländern) seit längerem bereits ab. Hier besteht die östliche Besonderheit eher darin, dass die traditionellen industriellen Wirtschaftsstrukturen in den ostdeutschen Ländern zum großen Teil bereits nicht mehr bestehen.

In Ostdeutschland ist durch das Zusammentreffen der Krise des herkömmlichen Wachstumsmodells und des demografischen Wandels gleichsam „vor der Zeit“ ein Wirtschafts- und Sozialmodell zu gestalten, das sich vom traditionellen Wohlfahrtskapitalismus unterscheidet und mit der erwähnten Zeitversetzung ebenfalls in den westdeutschen Regionen als Herausforderung stehen wird (Miegel 1997; Klingholz 2009).<sup>7</sup> Die ostdeutschen Probleme können durchaus positiv umgedeutet werden. Dann lassen sie sich als Chance begreifen, aus dem Problemvorsprung einen *Problemlösungsvorsprung* zu generieren. Das wiederum dürfte ohne sozialwis-

---

<sup>7</sup> Dieses Modell wird gekennzeichnet sein durch das Ende der Dominanz industrieller Massenfertigung von Serien identischer Produkte und damit einhergehend durch das Ende der Dominanz „kolonnenhaft“ organisierter Erwerbsarbeit (Miegel 1997). Es wird sich stattdessen auszeichnen durch fragmentierte Entwicklungen (Prosperität neben absteigenden Regionen), durch neue Produktionsmodelle, die wiederum bestimmt werden von wirtschaftlichen Erfolgsfaktoren wie flexibler Spezialisierung und differenzierter Qualitätsproduktion (Behr/Schmidt 2005; IWH 2004), durch neue biografische Zeitdisponibilitäten und daraus folgend veränderte Lebensverlaufsregimes (Busch/Land 2006: 13ff.).

senschaftliche Analyse und Begleitung dieser Prozesse nicht gelingen. Denn von außen wird diese Expertise im erforderlichen Umfange nicht kommen. Von dort werden allenfalls sporadische Beiträge zu erwarten sein, als Ausdruck einer Hinwendung zu einem – einstweilen – „interessanten Fall“. Damit wird dies wesentlich eine Aufgabe sein, die aus den ostdeutschen Hochschulen heraus zu leisten ist.

Die virulenten Themen, zu denen bei Entscheidern Expertisebedarf besteht, sind insbesondere die nichtökonomischen und ökonomischen Faktoren regionaler Entwicklung unter Bedingungen von schrumpfenden Städten, Suburbanisierung, unterkritische Größen erreichenden Dörfern, Segregations- und sozialen (Des)Integrationsprozessen, verändertem Altersaufbau der schrumpfenden Bevölkerung, dadurch sich wandelnden Generationenbeziehungen, Veränderungen der Relation von inner- und außerfamilialem Bildungs- und Kompetenzerwerb, unausgeglichener Geschlechterbilanz in Folge der Abwanderung vor allem junger Frauen, Orientierungsproblemen, Politik- und Parlamentarismusskepsis, Fremdenfeindlichkeit, Popularitätsstärke rechtsextremer Parteien und generationsübergreifender Verfestigung prekärer Sozialmilieus.

Daraus folgen Wissensbedarfe hinsichtlich der Gestaltung des Verhältnisses besiedelter und entsiedelter Räume, der Infrastruktur und Verwaltungsprobleme dünn bevölkerter Siedlungsgebiete, bzw. ganz allgemein der Sozialraumentwicklung: Stadtteilarbeit, Segregation, soziale Integration und so weiter, aber z.B. auch hinsichtlich regionalisierter Stoff- und Güterkreisläufe, der Neubestimmung des Verständnisses von Erwerbstätigkeit inklusive der Veränderung individueller Lebensverlaufsregimes, Tourismus und Gesundheitswirtschaft oder neuen Management- und Marketingstrategien für kleine und mittlere Unternehmen (KMUs) in veränderten Märkten.

Die Wissensbedarfe müssen allerdings nicht nur formuliert, sondern auch bedient werden. Anders als sonstige Akteure sind die Hochschulen prädestiniert, die Entwicklungen nicht einfach geschehen zu lassen, sondern einen strategischen Umgang damit zu entwickeln: Sie haben die intellektuellen Kapazitäten, um die Aufklärung der Problemlagen zu betreiben, im Haus. Damit können insbesondere die in ihnen vertretenen Sozialwissenschaften Legitimität erlangen, also soziale Akzeptanz gewinnen, die aus der optimalen Bereitstellung von umweltrelevanten Problemlösungen bezogen wird (Endruweit 1981: 142). Legitimität kann als Verstärkungsfaktor organisationaler Stabilität – hier: der Hochschulen – wirken. Allein das Normensystem der Wissenschaft – Unabhängigkeit, Kritik, Methodenbindung und so weiter – zu vertreten, sichert jedenfalls noch nicht deren organisationale, genauer: überlebensrelevante Stabilität.

Vor diesem Hintergrund könnte es z.B. als nahe liegend erscheinen, dass sich an wenigstens einer ostdeutschen Universität ein großer, das heißt zahlreiche Fächer einbeziehender Kompetenzschwerpunkt zum Thema „Demografischer Wandel und schrumpfende Regionen“ findet. Eine entsprechende Suche jedoch bleibt weitgehend ergebnislos. Zwar wird eine Reihe von Fragestellungen dieses Themenfeldes auch an ostdeutschen Hochschulen erforscht – allerdings jeweils isoliert. So gibt es durchaus das „Görlitz Kompetenzzentrum Revitalisierender Städtebau“ der

Architekturfakultät der TU Dresden mit der Stiftungsprofessur Stadtumbau und Stadtforschung (vgl. Schellenberg/Sulzer/Winkel 2005; <http://www.stadtforschung.com/content/index.html>; 11.2.2011), und das Institut für Stadtentwicklung und Bauwirtschaft der Universität Leipzig befasst sich systematisch mit „Stadtquartieren im Umbruch“ (<http://www.uni-leipzig.de/isb/squ/>; 11.2.2011). Die Hochschule Neubrandenburg unterhält als einen von fünf den Forschungsschwerpunkt „Nachhaltiger Strukturwandel und Umbau von ländlichen Regionen“ (<http://www.hs-nb.de/start/forschung/schwerpunkte/>; 11.2.2011), und das Wissenschaftszentrum Sachsen-Anhalt betreibt seit 2010 eine Themenplattform „Demografischer Wandel“ mit einem Forschungsförderprogramm, an dem 13 Projekte beteiligt sind (<http://www.wzw-lsa.de/demografie/forschungsprojekte.html>; 11.2.2011). Auch werden entsprechende Themen an einzelnen außeruniversitären Instituten bearbeitet, etwa dem Leibniz-Institut für Regional- und Strukturentwicklung Erkner (IRS) (vgl. z.B. Matthiesen 2004) oder der Stiftung Bauhaus Dessau (vgl. etwa Oswald 2005), doch diese verfügen naturgemäß nicht über die disziplinäre Breite, wie sie Hochschulen, insbesondere Universitäten, auszeichnen.

Eines dagegen findet sich nicht: die integrierte Behandlung der zahlreiche Probleme integrierenden Entwicklungen. Angesichts der für die Landstriche und Hochschulen gleichermaßen potenziell existenziellen Ausmaße des demografischen Wandels könnte man auch anderes für nahe liegend halten. Immerhin verfügen die Hochschulen für die Erforschung der demografischen Schrumpfung und ihrer Folgen nicht nur über exzellente Voraussetzungen. Vielmehr sind sie auch die einzigen Akteure, die über eine solche Vielfalt und Konzentration an Fachperspektiven verfügen, wie sie für eine erfolgreiche Bearbeitung schrumpfungsbezogener Fragestellungen erforderlich sind. Denn diese zu bearbeiten benötigt eine Bündelung wissenschaftlicher Kapazitäten, die zwingend die Sozial- und Geisteswissenschaften einschließen, ebenso aber auch Medizin, Natur- und Ingenieurwissenschaften integrieren muss.

Auf Architekten, Ingenieur- und Naturwissenschaftler/innen warten bauliche, Verkehrs- und technische Infrastrukturfragen sowie – Stichwort Stadtumbau – materialwissenschaftliche Probleme. Medizin, Gesundheits- und Pflegewissenschaften finden in den Problemen, die sich aus dem veränderten Altersaufbau der schrumpfenden Bevölkerung ergeben, zahlreiche Forschungsfragen. Die Sozialwissenschaften werden benötigt, um angemessen auf sich ändernde Generationenbeziehungen, Suburbanisierung, Verwaltungsprobleme dünn bevölkerter Siedlungsgebiete, Segregations- und soziale (Des-)Integrationsprozesse oder fragmentierte Entwicklungen, das heißt die parallele Existenz von Prosperitätsinseln und „stillen Stars“ neben Abschwungkorridoren, reagieren zu können. Erziehungswissenschaft und Bildungsforschung sind gefragt, wenn auf die Veränderungen der Relation von inner- und außerfamilialem Bildungs- und Kompetenzerwerb reagiert werden muss. Ökonomen und Agrarwissenschaftler werden von der Notwendigkeit regionalisierter Stoff- und Güterkreisläufe herausgefordert. Für Landschaftsplaner stehen Fragen nach der Gestaltung des Verhältnisses besiedelter und entsiedelter Räume. Geisteswissenschaftler/innen finden Herausforderungen in den einherge-

henden Orientierungsproblemen und der Notwendigkeit, dass sich die ostdeutschen Städte gleichsam neu erfinden müssen.

Werden jedoch zur wissenschaftsgestützten Bewältigung dieser Probleme nicht in angemessener, das heißt interdisziplinärer Weise bei maßgeblicher Beteiligung der Sozialwissenschaften die wissenschaftlichen Potenziale der ostdeutschen Länder selbst mobilisiert, dann bleiben sowohl die Entwicklungen selbst als auch die Problembearbeitungsprozesse analytisch unterbelichtet. Denn von außen wird, wie erwähnt, diese Expertise in der erforderlichen Komplexität nicht kommen.

Umgekehrt aber lässt sich sagen: Widmeten sich eine oder mehrere ostdeutsche Hochschulen diesen Themen in komplexer Weise, so würden sie damit keineswegs ein lediglich temporäres und räumlich isoliertes Problem bearbeiten. Vielmehr verschafften sie sich einen strukturell verankerten kognitiven Vorsprung, insoweit der ostdeutsche Problemvorsprung ein quasi-experimentelles Beispiel für Entwicklungen bereitstellt, die in den nächsten Jahren gesamtdeutsch (und darüber hinaus) zu bearbeiten sein werden.

## 2. Problemlösungswege

Indem in Ostdeutschland Hochschulen in flächiger Verteilung unterhalten werden, sind politische Erwartungen materialisiert: Die Einrichtungen der Lehre und Forschung sollen – neben ihren übergreifenden Aufgaben in Lehre und Forschung – regionale Impulse geben, ihre jeweilige Heimatregion an überregionale Wissenskreisläufe anbinden und niedrigschwellig den Jugendlichen der Region akademische Bildungsmöglichkeiten eröffnen. Zugleich aber ist die politische Debatte in den ostdeutschen Ländern bereits heute zu einem beträchtlichen Teil von der Vorstellung geprägt, dass die Hochschulen zu teuer und zu wenig leistungsfähig seien: Es ließe sich deshalb dort sparen. Versucht man, den Gegenbeweis anzutreten, indem man, gestützt auf Leistungsindikatoren, darlegt, dass es durchaus Leistungsstärken gibt, überzeugt dies nicht. Denn es lässt sich dagegen immer einwenden, dass angesichts demografischer Schrumpfung und finanzieller Engpässe der Umfang der Hochschulangebote einfach zu groß sei und zurückgefahren werden müsse, unabhängig davon, ob die Hochschulen nun leistungsstark seien oder nicht.

Angesichts dessen finden sich zwei typische Muster, argumentativ für eine angemessene Hochschulfinanzierung zu werben: zum einen wird auf Konsolidierungsbeiträge verwiesen, die durch die Hochschulen in der Vergangenheit bereits erbracht worden sind; zum anderen wird die eminente Bedeutung der Hochschulen für die Regionalentwicklung angeführt. Beide Argumentationsmuster haben gewisse Schwächen hinsichtlich ihrer Durchschlagskraft: Frühere Konsolidierungsbeiträge sind in der Wahrnehmung von Haushaltspolitikern Beiträge zur Lösung früherer Probleme gewesen. Ihnen fehlt in dieser Perspektive der Bezug zu heutigen beziehungsweise künftigen Haushaltsproblemen. Die Bedeutung für die Regionalentwicklung hingegen ist nur schwierig in eindeutigen Kausalbeziehungen zwi-

schen Hochschulausgaben und regionalen Effekten abzubilden: Die Wertschöpfungsbeiträge der Hochschule sind lediglich als komplizierte und daher schwer nachvollziehbare Berechnungen von Umweffekten zu ermitteln. In noch einmal erhöhtem Maße gilt dies für soziale Effekte und für kulturelle Wirkungen der Hochschulen in ihren jeweiligen Sitzregionen.

Daher stellt sich die Frage, ob es einen dritten Weg geben könnte, auf dem sich durchschlagskräftiger argumentieren lässt. Dieser müsste den Hauptnachteil der beiden anderen Wege vermeiden: Sie sind defensive, da abwehrende Argumentationen, und sie setzen voraus, dass ihre Adressaten den Hochschulangelegenheiten bereits grundsätzlich gewogen sind. Gleichzeitig werden die Verteilungskonflikte zwischen den verschiedenen Politikfeldern bzw. Ressorts an beträchtlicher Schärfe gewinnen, da die ostdeutschen Landeshaushalte bis 2019 um bis zu 30 Prozent realgemindert sein werden und ab 2020 das Verschuldungsverbot nach Art. 9 (3) GG greift.

Die Alternative zu einer defensiven ist eine offensive Argumentation. Als denkbar erscheint hier: Die Forderung nach angemessener Hochschulfinanzierung wird mit solchen Leistungszusagen verbunden, die auch hochschulfernen Gesprächspartnern in der Politik plausibel machen, dass die überwiesenen Gelder mit einer hohen Eintrittswahrscheinlichkeit regional benötigter Effekte einhergehen.

Man mag diese offensive Strategie mit durchaus guten Gründen für einen Weg halten, der dem Charakter und der Funktionslogik von Hochschulen ganz grundsätzlich widerspricht. Indes, beharren einzelne Hochschulen und Fächer allein auf tradierten Zweckfreiheitsvorstellungen, dann werden sie zwar mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit die „reine Idee“ der Hochschule retten können – allerdings mit einer hohen Wahrscheinlichkeit für dann deutlich geschrumpfte Einrichtungen: Nicht-Hochschulpolitiker werden einschätzen, welche Hochschulkapazitäten man heute – in Kenntnis der demografischen, wirtschaftlichen und fiskalischen Entwicklung – aufbauen würde, wenn eine Tabula-rasa-Situation gegeben wäre. Diese Einschätzung wird dann zur Grundlage einer Anpassung der Hochschulkapazitäten an ein Maß, das für finanzierbar gehalten wird.

Dagegen wird regionale Wirksamkeit eine der wenigen Chancen der Hochschulen sein, die eigene Unentbehrlichkeit überzeugend auch gegenüber Skeptikern nachzuweisen, obwohl in den nächsten Jahren die Studienberechtigtenzahlen um bis zu 50 Prozent einbrechen. Es ist jedenfalls davon auszugehen, dass es nicht gelingen wird, die heutigen Kapazitäten solcher Hochschulen aufrechtzuerhalten, die einerseits Schwierigkeiten haben, ihre Studienplätze auszulasten, und dies andererseits nicht durch besondere regional wirksam werdende Anstrengungen auszugleichen vermögen.

Ausdrücklich ist dies *kein* Plädoyer für eine regionalisierte Ausrichtung einer beliebigen Hochschule in ihrer oder eines beliebigen Faches in seiner Gesamtheit. Vielmehr geht es darum, *den Teil* der Hochschulressourcen, der in Folge der künftigen Unterauslastungssituation reduziert zu werden droht, durch regional wirksam werdende Anstrengungen zu legitimieren – statt ihn zu verlieren. Dazu muss die jeweilige Region verstärkt an die überregionalen Kontaktschleifen des Wissens an-



geschlossen werden, indem dieses Wissen auch für regionale Problemlösungen mobilisiert wird. Dafür sind die Hochschulen prädestiniert wie niemand sonst.

### 3. Resümee und Ausblick

Selbst wenn angenommen wird, dass in den anstehenden Debatten die bereits heute gegebenen regionalen Effekte der Hochschulen berücksichtigt werden und – trotz angespanntester Haushaltslage – keine lineare Kürzung analog zur künftigen Minderauslastung der Studienplätze erfolgt; selbst wenn man annimmt, dass der empirisch nachgewiesene Zusammenhang zwischen räumlicher Nähe zu einer Hochschule (und ihren jeweiligen Fächerangeboten) und der individuellen Neigung, ein Studium aufzunehmen (Spiess/Wrohlich 2008: 16; Denzler/Wolter 2010), berücksichtigt wird: All diese und vergleichbare Argumente mögen im günstigen Falle dazu führen, dass die Hochschulen einen Bonus erhalten und dann, obgleich gegebenenfalls 50 Prozent der Studienplätze nicht ausgelastet sind, keine fünfzigprozentige Budgetkürzung verfügt wird – sondern beispielsweise 30 Prozent. Sollen diese hier probenhalber angenommenen 30 Prozent Zuschussminderung in Gänze oder teilweise vermieden werden, müssen die Hochschulen dafür überzeugende Begründungen liefern.

Bestandteil der vorgeschlagenen offensiven Argumentation sollte daher nicht allein sein, die hochschulischen Beiträge zur Fachkräftesicherung und Entwicklung regionaler Innovationsstrukturen zu betonen. Vielmehr ist offensiv zu vermitteln – und dann auch einzulösen –, dass die Hochschulen Wissen bereitstellen können, das zur zukunftssträchtigen Bearbeitung (zunächst) regionalspezifischer Probleme benötigt wird. Der Umstand, dass dieses Wissen alsbald auch gesamtstaatliche Relevanz erhalten wird, kann dabei zusätzlich motivierend wirken.

Immerhin zeigen sich hier Innovationserfordernisse, welche eine Verengung auf eine allein wirtschaftliche Innovationsorientierung an ihre Grenzen führen: Es geht ebenso um dringlich benötigte soziale Innovationen. Dafür werden an den ostdeutschen Hochschulen auch im Bereich der Sozial- und Geisteswissenschaften kritische Massen an Forschungskapazitäten benötigt – zumal diese noch weniger als in den wirtschaftsnahen Feldern durch privatwirtschaftlich organisierte Forschungseinheiten bereitgestellt werden können. Die haushalterische Begründung dafür, solche Leistungen der Hochschulen zu finanzieren, lautet: Die wissenschaftliche Aufklärung über Ursachen der bestehenden und der zusätzlich entstehenden gesellschaftlichen Verwerfungen erzeugt Chancen, lösungsorientiert mit ihnen umgehen zu können; dies vermag nicht allein die politischen Kosten zu senken, die bei Problemlösungsverzicht anfallen würden, sondern auch die finanziellen Kosten, welche der öffentlichen Hand für nachsorgende Problemverwaltung (statt vorsorgender Problemvermeidung) entstehen würden.

Umgekehrt müssen die ostdeutschen Hochschulen schon auf Grund ihres organisationalen Interesses an der eigenen Bestandssicherung an der Beantwortung

der schrumpfung induzierten Fragen existenziell interessiert sein: Die einbrechenden Studierendenberechtigten-Zahlen um 50 Prozent bei gleichzeitig sich verschärfenden Haushaltssituationen stellen akute Gefahren für die Existenz einiger Hochschulen und für die bisherige Ausstattung und Größe der anderen Hochschulen dar. Die Hochschulen und die Hochschulpolitik der ostdeutschen Länder haben weniger als ein halbes Jahrzehnt Zeit, sich auf diese Situation einzustellen. Die Sozialwissenschaften an den ostdeutschen Hochschulen wären vermutlich klug beraten, dabei die verbreitete ökonomistische Engführung in der politischen Betrachtung regionaler Entwicklungen in Ostdeutschland zu berücksichtigen – und durch offensive Angebote darauf hinzuwirken, diese aufzubrechen. Sich auf diese Weise unentbehrlich zu machen, mag zusätzlich dadurch motiviert werden, dass Ostdeutschland in vielerlei Hinsicht gesellschaftliches Labor ist – und insofern nur zunächst ein empirisch aufklärungsbedürftiges Fallbeispiel, das aber zugleich auch gesellschaftstheoretisch mancherlei Herausforderung bereithält.

## Literatur

- Behr, Michael/Schmidt, Rudi* (Hrsg.), 2005: *Aufbau Ost. Betriebliche und überbetriebliche Erfolgsfaktoren im verarbeitenden Gewerbe*. Jena.
- Busch, Ulrich/Land, Rainer* (Hrsg.), 2006: *Zur Lage in Ostdeutschland*, in: *Berliner Debatte Initial* 5/2006, 2-96.
- Denzler, Stefan/Wolter, Stefan C.*, 2010: *Der Einfluss des lokalen Hochschulangebots auf die Studienwahl*, in: *Zeitschrift für Erziehungswissenschaft* 4/2010, 683-70.
- Endruweit, Günter*, 1981: *Organisationssoziologie*. Berlin/New York.
- Finanzministerium Sachsen-Anhalt* (o.J. [2008]): *Mittelfristige Finanzplanung des Landes Sachsen-Anhalt 2009 bis 2013*, in: [http://www.sachsen-anhalt.de/LPSA/fileadmin/Elementbibliothek/Bibliothek\\_Politik\\_und\\_Verwaltung/Bibliothek\\_Ministerium\\_der\\_Finzen/Dokumente/mipla/Mipla2009.pdf](http://www.sachsen-anhalt.de/LPSA/fileadmin/Elementbibliothek/Bibliothek_Politik_und_Verwaltung/Bibliothek_Ministerium_der_Finzen/Dokumente/mipla/Mipla2009.pdf); 5.3.2010.
- Görlitz Kompetenzzentrum, Revitalisierender Städtebau, Technische Universität Dresden*, in: <http://www.stadtforschung.com/content/index.html>; 11.2.2011.
- Hochschule Neubrandenburg*, in: <http://www.hs-nb.de/start/forschung/schwerpunkte/>; 11.2.2011.
- Institut für Stadtentwicklung und Bauwirtschaft, Universität Leipzig*, in: <http://www.uni-leipzig.de/isb/squ/>; 11.2.2011.
- Klingholz, Reiner*, 2009: *Herr Minister, wir schrumpfen!* In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 30.6.2009, 31.
- KMK, Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland*, 2009: *Vorausberechnung der Studienanfängerzahlen 2009–2020*. Zwischenstand. Bonn.
- Matthiesen, Ulf* (Hrsg.), 2004: *Stadtregion und Wissen. Analysen und Plädoyers für eine wissenschaftsbasierte Stadtpolitik*. Wiesbaden.
- Miegel, Meinhardt*, 1997: *Arbeitsgesellschaft der Zukunft*, in: *Schwalbacher Gespräche*, 7.10.1997.
- Oswald, Philipp* (Hrsg.), 2005: *Schrumpfende Städte, Band 2: Handlungskonzepte*, hrsg. im Auftrag der Kulturstiftung des Bundes. Osterfildern-Ruit.
- Ragnitz, Joachim/Seitz, Helmut*, 2007: *Gutachten zur Ermittlung haushaltsrelevanter Kennziffern im Auftrag des Ministeriums der Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt*, in: [http://www.sachsen-anhalt.de/LPSA/fileadmin/Elementbibliothek/Bibliothek\\_Politik\\_und\\_Verwaltung/Bibliothek\\_Ministerium\\_der\\_Finzen/Dokumente/Benchmark-Gutachten/Benchmark-Gutachten\\_02.PDF](http://www.sachsen-anhalt.de/LPSA/fileadmin/Elementbibliothek/Bibliothek_Politik_und_Verwaltung/Bibliothek_Ministerium_der_Finzen/Dokumente/Benchmark-Gutachten/Benchmark-Gutachten_02.PDF); 5.3.2010.

- Schellenberg, Heiko/Sulzer, Jürg/Winkel, Rainer*, 2005: Das Leben der Menschen in Stadt und Region. Kooperation der Bereiche Raumplanung, Stadtentwicklung und Städtebau an der TU Dresden, in: Demographischer Wandel – Demographic Change 3-4/2005, 137-140.
- Seitz, Helmut*, 2006: Die finanzpolitische Situation in Thüringen. Eine Untersuchung vor dem Hintergrund der demographischen Veränderungen und der Rückführung der Osttransferleistungen. Dresden/Erfurt. In: <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/erfurt/04384.pdf>; 4.3.2010.
- Spiess, C. Katharina/Wrohlich, Katharina*, 2008: Does Distance Determine Who Attends a University in Germany? Bonn. In: <http://ftp.iza.org/dp3615.pdf>; 12.4.2010.
- Steinbrecher, Johannes/Thater, Christian/Thum, Marcel*, 2009: Langfristige Prognose der Einnahmeentwicklung für den Landeshaushalt des Freistaates Sachsen bis zum Jahr 2025. Endbericht. Gutachten im Auftrag des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen. Unter Mitarbeit von Oskar Krohmer. Dresden.
- Wissenschaftszentrum Sachsen-Anhalt Lutherstadt Wittenberg*, in: <http://www.wzw-lsa.de/demografie/forschungsprojekte.html>; 11.2.2011.

# Politische Bildung in Ostdeutschland ist kein Selbstläufer. Die Landeszentralen für politische Bildung bedürfen zunehmend der Erkenntnisse der sozialwissenschaftlichen Forschung

*Martina Weyrauch*

## *Zusammenfassung*

*Politische Bildung ist auch in Ostdeutschland kein Selbstläufer. Sie bedarf der wissenschaftlichen Expertise. Der Beitrag ergänzt die sozialwissenschaftlichen Forschungsergebnisse durch Fragen und Anforderungen aus der Praxis der politischen Bildung in Brandenburg. Er macht deutlich, auf welche Befindlichkeiten, politische und soziale Phänomene die Akteure politischer Bildung nach 1990 stießen und wie sie versuchten durch eigene ostdeutsche Modelle und Herangehensweisen diesen zu begegnen. Neue Herausforderungen wie Demokratieskepsis, Aushöhlung der repräsentativen Demokratie, Fragmentierung der Gesellschaft und neue Formen der Teilhabe am Gemeinwesen und des Willensbildungsprozesses bedürfen der wissenschaftlichen Erklärung und Begleitung, um für die politische Bildung fruchtbar zu werden.*

## 1. Einleitung

Dieser Beitrag soll die im Band versammelten wissenschaftlichen Studien zum Stand der sozialwissenschaftlichen Forschung zu Ostdeutschland durch eine Sicht aus der Praxis der politischen Bildung ergänzen. Genauer: aus der Praxis der politischen Bildung in einem ostdeutschen Bundesland – Brandenburg. Ihr Ziel ist es bekanntlich, demokratisches Bewusstsein zu vermitteln sowie jene Kenntnisse und Fähigkeiten, die nötig sind, um sich an politischen Prozessen zu beteiligen. Die Akteure der politischen Bildung sind dabei mit all jenen sozialen und politischen Phänomenen, über die der Band berichtet, tagtäglich konfrontiert, müssen aber nicht nur ihre Ursachen kennen, sondern auch Strategien zum bestmöglichen Umgang mit ihnen entwerfen.

In Brandenburg stand man seit 1991 vor der Aufgabe, auf sehr differenzierte Weise, dem Modell politischer Bildung überhaupt erst einmal zur Akzeptanz innerhalb der Bevölkerung zu verhelfen, als auch neue Kommunikationsmodelle und Angebote zu entwickeln, die der ostdeutschen Situation angemessen sind.

Ich wurde gebeten, zu schildern, wie diese Praxis aussieht, welche Erkenntnisse und Kooperationsbereitschaft aus den Sozialwissenschaften aus Sicht der politischen Bildung wünschenswert sind und wo besonderer Vermittlungsbedarf besteht. Zu diesem Zweck umreißt der Beitrag zunächst die Spezifik der ostdeutschen Situation, zeigt, wo die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger liegen und wie

diese für die politische Bildung gewonnen werden können. Am Schluss werden einige Herausforderungen für die Sozialwissenschaften benannt und Forschungsfragen aufgeworfen.

## 2. Aufgabe der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung

Politische Bildung wurde in der früheren Bundesrepublik in Anknüpfung an die Reeducation-Programme der Alliierten als Instrument des demokratischen Umbaus installiert und hat sich als Institution der demokratischen Praxis etabliert. Sie wird in staatlichen Bildungseinrichtungen gelehrt, aber auch im Bereich außerschulischer Erwachsenenbildung durch die Zentralen für politische Bildung und staatlich geförderte Einrichtungen in freier Trägerschaft angeboten. Nach der friedlichen Revolution 1989 und der Vereinigung Deutschlands haben die ostdeutschen Länder dieses Modell staatlich finanzierter politischer Bildung übernommen.

Seit ihrer Gründung ist es Aufgabe der Brandenburgischen Landeszentrale, „die politische Bildung und die politische Kultur im Land Brandenburg mit dem Ziel zu fördern, die Bürgerinnen und Bürger in ihrer Bereitschaft zur Wahrnehmung demokratischer Verantwortung in Staat und Gesellschaft zu unterstützen, die Herausbildung eines aktiven Demokratiebewusstseins und das Engagement für die europäische Idee, für die Bewältigung globaler Probleme, für die Bewahrung der natürlichen Umwelt und für die Sicherung des Friedens zu stärken“ (Land Brandenburg, MBS 2000). Eine Konkretisierung erfuhr diese generelle Aufgabenstellung durch den Koalitionsvertrag der Landesregierung vom 6. November 2009. Hier heißt es: „Aufgabe der Landeszentrale für politische Bildung ist es, die Bürger zu aktivem politischen Handeln bei der Gestaltung des demografischen Wandels, der Bekämpfung des politischen Extremismus sowie zur Kenntnis der Geschichte Brandenburgs zu befähigen bzw. zu ermutigen“ (SPD/Die Linke 2009: 11).

Doch der Auftrag zur politischen Bildung stieß unmittelbar nach 1990 auf große Skepsis in der Bevölkerung. Die verschiedenen politischen Schulungen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens der DDR (vom Kindergarten über die Schule bis in die Betriebe, Parteien und Organisationen), die selten freiwillig waren und auch nicht gern besucht wurden, prägten das Verständnis der Ostdeutschen von „politischer Bildung“. Damals wurden „ewige Wahrheiten“ verkündet, Pluralismus wurde vorgetäuscht, aber zu guter Letzt nach Scheindebatten ein „einheitlicher Klassenstandpunkt“ eingefordert. Von Perspektivenvielfalt konnte also keine Rede sein. Dieser Indoktrination waren die Menschen überdrüssig. Deshalb verhielten sich die meisten abwartend, skeptisch oder suchten Zuflucht in vermeintlicher „politischer Neutralität“.

Die schwierigste Herausforderung bestand somit zunächst darin, die Bürgerinnen und Bürger von dem freiheitlich-demokratischen Charakter politischer Bildung zu überzeugen. Der skeptischen Grundhaltung gegenüber jedweder Form

staatlich finanzierter politischer Bildung wurden die strikte Freiwilligkeit der Teilnahme, die Pluralität der Angebote sowie die konsequente Anwendung der im sogenannten Beutelsbacher Konsens verankerten Maximen entgegengesetzt. Diese sind:

1. das Überwältigungsverbot (Indoktrinationsverbot),
2. das Kontroversitätsgebot (Einsatz dialogischer Verfahren) und
3. die strikte Wahrung der Subjektposition des Einzelnen (Adressaten politischer Bildung sollen in die Lage versetzt werden, die eigene politische Situation und die eigene Interessenlage zu analysieren, die vorgefundene Lage im Sinne eigener Interessen zu beeinflussen sowie sich ihr eigenes selbstständiges Urteil zu bilden) (LpBBW 2011).

Der Beutelsbacher Konsens wurde im Herbst 1976 als Ergebnis der Tagung der Landeszentrale für Politische Bildung in Baden-Württemberg erzielt. Nach dem vorangegangenen Richtlinienstreit Anfang der siebziger Jahre über die politischen und didaktischen Inhalte der neuen Lehrpläne für politische Bildung in den Ländern Hessen und Nordrhein-Westfalen wurden gemeinsame Grundsätze für einen didaktischen Minimalkonsens herausgearbeitet. Hier ist nicht der Ort, um die Entstehung und die Geschichte des Beutelsbacher Konsenses zwischen allen Akteuren der politischen Bildung in den 1970iger Jahren in der „alten“ Bundesrepublik eingehender zu erläutern (siehe dazu Scherb 2007). Waren diese Maximen damals aus der Not geboren, die überbordende Fülle der Angebote politischer Bildung auf einen ethischen und methodischen Minimalkonsens festzulegen, dienten sie in den Neuen Bundesländern nach 1990 dazu, jeder politischen Indoktrination, sei sie auch noch so „gut gemeint“, den Garaus zu machen.

Der bewusste methodische und inhaltlich Bruch mit allen lang bekannten Formen politisch gezielter Einflussnahme sowie die Sensibilität der Ansprache der Adressaten und die Glaubwürdigkeit der Protagonisten der politischen Bildung hatten zur Folge, dass die Themen politischer Bildung und die Art der medialen Präsentation (Veranstaltung, Ausstellung, Publikation, Internet) das Interesse der Bürgerinnen und Bürger weckten. Hier war Widerspruch erwünscht, der mündige Bürger war Teil der Debatte.

Sehr bewusst wurde in Brandenburg der Aufbau der Landeszentrale für politische Bildung mit der Förderung verschiedener Anbieter in der Fläche des Landes verbunden. Hierzu zählen traditionelle Institutionen wie „Arbeit und Leben“, die Bildungswerke der Gewerkschaften und Parteien genauso wie Bildungsträger mit festen Bildungsstätten und unzählige kleine Vereine, die sich der ganzen Bandbreite der politischen Themen widmen.

Im Unterschied zu anderen ostdeutschen Landeszentralen, die ein solches dezentrales Konzept nicht verfolgen, sollte mit diesem strukturellen Ansatz das bürgerschaftliche Engagement angeregt werden und neue demokratische, zivilgesellschaftliche Strukturen die Möglichkeit erhalten, sich zu entfalten. Das Ineinandergreifen der stabilen Angebotsformate der Landeszentrale einschließlich ihrer Be-

ratungsangebote und der flexiblen und vielfältigen Arbeit der freien Träger der politischen Bildung bietet die lebendige Grundlage einer pluralen Landschaft politischer Bildung in Brandenburg.

### 3. Ostdeutsche Spezifika als Herausforderungen für die politische Bildung

Die Erfahrung der Ostdeutschen im Umgang mit zwei Diktaturen, die Erlebnisse während der friedlichen Revolution 1989 und die durch den deutschen Vereinigungsprozess auftretenden sozialen Entwertungs- aber zugleich auch neuen Freiheitsgefühle bildeten Anfang der 1990er Jahre eine äußerst diffizile und komplexe Ausgangslage für die politische Bildung. Die bisherige Arbeit kann als Versuch einer kommunikativen Begleitung des ostdeutschen Transformationsprozesses betrachtet werden, bei dem auch auf die vielfältigen Befindlichkeiten der Brandenburger Bürger eingegangen wurde.

Ein großer Teil der heute im Land Brandenburg lebenden Menschen, die durch Angebote der politischen Erwachsenenbildung angesprochen werden sollen, wuchs unter den Bedingungen der Diktatur auf. Nicht selten schlossen sich die Erfahrungen der DDR-Gesellschaft nahtlos an die des Nationalsozialismus an. Das hatte Konsequenzen für die Art der Kommunikation in den Familien und in der Öffentlichkeit. Und nicht nur das. Es wurden unterschiedlichste körperliche und seelische Gewalterlebnisse gemacht, eigene Schuld verdrängt und neue gesellschaftliche Mythen begierig aufgesogen.

Eine in der alten Bundesrepublik in der Öffentlichkeit nie in dieser Heftigkeit ausgebrochene Debatte ist die des Umgangs mit den Opfern des Nationalsozialismus und des Stalinismus. In Ostdeutschland besonders durch die Existenz von Gedenkstätten mit doppelter Diktaturbelastung provoziert, kam es zur „Konkurrenz“ der Opfergruppen, die nicht selten in Veranstaltungen der politisch-historischen Bildung zusammentreffen. Opfer des Nationalsozialismus, die bisher eine unangefochtene Anerkennung in der DDR besaßen, wenn sie nicht auch zu Opponenten und Dissidenten wurden, verstehen sich heute nicht selten als „Konkurrenten“ der stalinistisch, also im System der DDR, Verfolgten. Diese wiederum, in den Zeiten der DDR zum Schweigen gezwungen, fordern die Aufarbeitung ihrer Schicksale und eine entsprechende individuelle und gesellschaftliche Würdigung und Rehabilitation.

Die politische Bildung bietet Orte der Kommunikation zu den unterschiedlichen Themen der Geschichte an. Treffen kontroverse Protagonisten aufeinander und fühlen sich jeweils subjektiv in ihren Wünschen nach angemessener Aufarbeitung benachteiligt, bedarf es sachkundiger Moderation. Es gibt kaum andere Orte solch einer authentischen Auseinandersetzung, in der alle Meinungen gehört werden.

Eine weitere Spezifik betrifft die prekärer gewordene soziale Verankerung und die Frage nach der Identität der Ostdeutschen. Der größte Teil der Bürgerinnen